

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Kreistages Friesland am 13.03.2024 im
Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1, 26419 Schortens**

Beginn: 14:35 Uhr

Ende: 16:33 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Wiesner, Jannes

Mitglieder

Ambrosy, Sven

Bergfeld, Christian

Berner, Christian

Bruns, Isabel

Burgenger, Uwe

Busch, Sigrid

Buß, Manfred

Eilers, Claus

Esser, Martina

Gburreck, Fred

Homfeldt, Axel

Janßen, Dieter

Just, Janto

Online-Teilnahme bis TOP Ö 13

Kaiser-Fuchs, Marianne

Kruse, Timmy

Kühne, Lars

Lammers, Anke

Mandel, Sören

bis TOP Ö 13

Möller, Jan Ole

Möller, Siemtje

Online-Teilnahme bis TOP Ö 9

Neugebauer, Axel

Osterloh, Uwe

Online-Teilnahme

Ramke, Annika

Ratzel, Gerhard

Recksiedler, Raimund

Sieckmann, Heinke

Sudholz, Melanie

Tammen, Reiner

Theemann, Hendrik

Weidemann, Wolfgang

Wilken, Wilhelm

Wittke, Agnes

Zerth, Britta

Online-Teilnahme ab TOP Ö 6.4.1

Zillmer, Dirk

Teilnehmer/in des JuPa FRI

Hans, Marcel

Angehörige der Verwaltung
Cramer, Ann-Kathrin
Dehrendorf, Martin, Dr.
Duit, Sarah
Karmires, Nicola
Niebuhr, Bernd
Vogelbusch, Silke

bis TOP Ö 13
Online-Teilnahme ab TOP Ö 6.4.1

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner eröffnet die Sitzung. Er begrüßt alle vor Ort anwesenden und per Videokonferenztechnik zugeschalteten Kreistagsabgeordneten, die Presse sowie die Bürgerinnen und Bürger.

Außerdem heißt er den Bürgermeister der Stadt Schortens herzlich willkommen.

Herr Bürgermeister Böhling begrüßt den Kreistag erneut in den Räumen der Bürgerhauses Schortens und berichtet von den ab Januar 2025 vorgesehenen Modernisierungs- und Erweiterungsarbeiten, die auch einen ökologischen Aspekt beinhalten. Er wünscht einen guten Sitzungsverlauf.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 20.12.2023

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 20.12.2023 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 17.01.2024

TOP 6.1.1 1. Änderung der 9. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Friesland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) vom 30.10.2006 Vorlage: 0727/2024

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Kreistag nimmt die Eilentscheidung des Kreisausschusses vom 17.01.2024 zur Kenntnis.

TOP 6.2 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 31.01.2024

TOP 6.3 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 14.02.2024

TOP 6.4 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 28.02.2024

TOP 6.4.1 Resolution für unsere Demokratie

Der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner merkt an, zu dem Resolutionstext gebe es zwei Ergänzungen: Es handelt sich um die Resolution des Landkreises Friesland und der Stadt Wil-

helmshaven (Überschrift) und der erste Absatz wird um „Friesland“ ergänzt (... über Europa, Deutschland, Friesland und Wilhelmshaven...).

Im Anschluss gibt der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner während des nachfolgenden Wortbeitrages die Sitzungsleitung an Herrn KTA Ratzel, da sich die stellv. Kreistagsvorsitzende Frau Herfel witterungsbedingt von der Sitzung abmelden musste, ab:

In den letzten Tagen und Wochen seien in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wie auch in der Stadt Wilhelmshaven viele engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gegangen, um für unsere Demokratie und gegen Extremismus einzutreten. In diesem Jahr werde das 75. Jubiläum des Grundgesetzes gefeiert; ein ganz besonderer Geburtstag. Auch darum sei es wichtig, dass der Landkreis Friesland und die Abgeordneten noch einmal betonen, hinter dem Grundgesetz und hinter den demokratischen Werten des Grundgesetzes zu stehen, und sich aktiv dafür einsetzen. Die Verteidigung der Demokratie sei nicht selbstverständlich. Eine Partei, die auch im Kreistag anwesend ist und vor allem auf Bundesebene eine relevante Kraft darstellt, gehe aktiv gegen die demokratischen Grundrechte an. Es sei daher Pflicht, dass man als demokratische Kräfte unabhängig von den Parteigrenzen zusammenhält, gemeinsam Flagge und Solidarität zeigt sowie die demokratischen Grundwerte verteidigt.

Herr KTA Möller sieht die Gefahr, dass die Formulierung der Resolution einen Hang zur Instrumentalisierung für politische Zwecke habe und somit diese Form der demokratischen Bewegung schwäche. Es sei wichtig, dass Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen ein Ausdruck der Vielfalt und der Stimmen der Bürgerinnen und Bürger bleiben, ohne von politischen Interessen vereinnahmt zu werden. Er mahnt Selbstreflexion zu üben, auch auf die eigenen Parteien zu blicken und problematische Abläufe und Aussagen kritisch zu hinterfragen. Abschließend schlägt er vor, die letzte Bitte in der Resolution, bei der EU-Wahl wählen zu gehen, mit der Bitte, dass „wir Abgeordnete eine Form von Selbstreflexion in unsere Parteien tragen“ zu ersetzen.

Frau KTA Wittke hält eine Resolution, die sich in erster Linie an die Bevölkerung richtet, für problematisch. Sie informiert über die Bedeutung des Begriffs „Resolution“. Aus ihrer Sicht sei der Rechtsruck in der Gesellschaft u. a. mit einem zunehmenden Gefühl der Bevormundung verbunden. Frau KTA Wittke sieht die Gefahr, dass die Resolution als weitere Bevormundung aufgefasst werden könnte; der Text sollte richtiger als Grundsatzerklärung zur Verteidigung der demokratischen Werte des Grundgesetzes oder als Manifest bezeichnet werden. Der Resolutionstext enthalte keinerlei Selbstkritik der Politik und auch keine Lösungen. Politikerinnen und Politiker müssten sich hinsichtlich ihres eigenen Anteils an dem zunehmenden Rechtsruck kritisch hinterfragen. Sie appelliert, den Menschen die Hoffnung zurückzugeben und Wahlversprechen einzuhalten; dann müsse man sich um die Demokratie keine Sorgen mehr machen. Aus ihrer Sicht sollte sich eine Resolution an die Bundesregierung richten und die Forderung enthalten, wieder Politik für und mit der Bevölkerung zu machen - und nicht gegen sie.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner bittet die Rednerinnen und Redner sich auf die Sache zu begrenzen und beim Thema zu bleiben.

Frau KTA Zerth spricht sich gegen den Vorwurf aus, sie und ihre Partei wären demokratiefeindlich. Demokratie lebe von einer richtigen Opposition. Sie könnte die Resolution mittragen, wenn diese sich gegen Extremismus im Allgemeinen richten würde; Frau KTA Zerth halte den Linksextremismus für so gefährlich wie den Rechtsextremismus.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner weist darauf hin, in der Resolution sei ausdrücklich „Extremismus“ genannt.

Herr KTA Zillmer erklärt, man habe sich bei der Verfassung der Resolution viele Gedanken gemacht. Er bittet um Zustimmung zu der Resolution.

Herr Landrat Ambrosy führt aus, der Kreistag des Landkreises Friesland sei das Exekutivorgan für die kommunale Verwaltung auf Kreisebene des Souveräns (der Wahlbevölkerung des Landkreises Friesland). In der Verfassung, dem Grundgesetz, seien die Regeln für das kommunale Leben verankert. Es sei daher richtig, dass der Souverän mit der Resolution an-

gesprochen und gebeten werde. Er begrüße die Resolution sehr und sehe in ihr ausdrücklich keine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger: Kommunen seien der Hort der örtlichen und lokalen Demokratie und damit der originäre Bündnispartner für alle Demokratinnen und Demokraten.

Herr KTA Ratzel betont, man wendet sich mit der Resolution gegen Extremismus im Allgemeinen und belegt dies anhand des Resolutionstextes. Es sei wichtig, sich gegen Extremismus jeder Art zu wehren; das werde in der Resolution besonders deutlich. Er erinnert an das Potsdamer Treffen der parlamentarischen Rechten. Es sei ein Zeichen, dass so viele Menschen auf die Straße gegangen und dagegen demonstriert haben; „das Volk will das nicht“. Er schildert aus seiner Kindheit, wie die die Nationalsozialisten Deutschland nach 12 Jahren Regierung hinterlassen haben und wie Deutschland und die Demokratie von den Großeltern und Eltern in den Jahren danach wiederaufgebaut worden seien. „Das lassen wir uns nicht wieder wegnehmen!“

Herr KTA Just spricht sich gegen die Resolution aus. Aus seiner Sicht werden Ursache und Wirkung vertauscht. Ursächlich für demokratiefeindliche Tendenzen sei das politische Angebot. Die Bevölkerung weiche aus und diese Möglichkeit des Ausweichens sowie der alternativen Meinungsbildung müsse man bieten und nicht einschränken. Sein Hauptkritikpunkt sei, dass das „schlechte Angebot des politischen Establishments“ durch die Resolution entlastet werde. Die Politik - und nicht die Bevölkerung - sei für den politischen Zustand im Land verantwortlich. Er halte Nichtwählen für ein Grundrecht und für eine wichtige Möglichkeit, Unzufriedenheit mit dem politischen Angebot zum Ausdruck zu bringen. Des Weiteren spricht Herr KTA Just die in der Resolution vorgesehene Distanzierung von Antisemitismus an. Antisemitismus sei eine kritische Angelegenheit; gerade seit dem Einmarsch der Israelis in die Palästinensergebiete. In Deutschland sei es teilweise immer noch so, dass Kritik an Israel bzw. an der Politik des Staates Israel als Antisemitismus ausgelegt werde und Solidarität mit den Palästinensern als antisemitisch gelte. Er plädiert für eine Streichung, da „im Augenblick so viel fälschlich reingelegt [werde], dass das nur zu Missverständnissen führen kann und irreführend sein kann“.

Frau KTA Zerth spricht die Information und die Berichterstattung über das Potsdamer Treffen („ein privates Treffen“) an: Es habe sich um ein Treffen von Privatleuten, nicht nur von der AfD, gehandelt und das Wort „Deportationen“ sei nicht gefallen. Sie hinterfragt, wieviel Demokratieverständnis Parteien haben, die die Opposition - „die richtige, wirkliche Opposition“ - diskreditieren und gegen sie auf die Straße gehen. Demokratie bedeute, sich auch mit der Opposition zu beschäftigen. Ihr Demokratieverständnis sei, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen und andere Menschen zu Wort kommen zu lassen.

Frau KTA Esser stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Rednerliste zu schließen.

Es ergeht sodann folgender

Beschluss:

Die Rednerliste wird nach den noch vorgesehenen Wortbeiträgen von Herrn KTA Mandel, Herrn KTA Homfeldt, Herrn Landrat Ambrosy und Herrn KTA Möller geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja:	33
Nein:	1
Enthaltung:	1

Herr KTA Mandel sei entsetzt über vorherige Wortbeiträge und lehnt entschieden ab, sich nicht gegen Antisemitismus auszusprechen. In Deutschland sei es immer noch notwendig, dass Synagogen sowie Treffpunkte von Jüdinnen und Juden durch die Polizei geschützt werden. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der daraus folgenden Verantwortung spricht sich Herr KTA Mandel klar dafür aus, den Begriff „Antisemitismus“ in der Resolution zu belassen; er weist den entsprechenden Wortbeitrag von Herrn KTA Just ent-

schieden zurück. Herr KTA Mandel erwähnt die Recherchen von „report MÜNCHEN“, wonach über 100 Rechtsextremisten von AfD-Abgeordneten im Bundestag auf Kosten des Steuerzahlers beschäftigt seien. „Demokratie ist kein Zustand, Demokratie ist ein Prozess.“ - dieser Prozess müsse heute fortgesetzt werden. Er wirbt dafür, die Resolution gemeinsam zu beschließen.

Herr KTA Homfeldt führt aus, die Debatte sei erhellend: Man wisse jetzt ziemlich genau, auch im Kreistag, wer wo steht. Dass auch Aussagen gefallen seien, über die man noch einmal nachdenken und die man ggf. überprüfen müsse, ob sie nicht rechtsbewehrt seien, zeige, dass im Kreistag der Querschnitt der Gesellschaft sitze. Und es zeige auch, dass der überwiegende Teil der Gesellschaft fest mit beiden Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Er dankt insbesondere für den Beitrag von Herrn KTA Ratzel, der als Zeitzeuge die Stimmung und das Gefühl gut abgespeichert habe; dies zeigt, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Im Kampf für die Demokratie müsse man Ruhe bewahren und Kompetenz ausstrahlen.

Herr KTA Möller teilt mit, er werde der Resolution zustimmen.

Herr Landrat Ambrosy bestätigt, man müsse Ruhe bewahren; mit kühlem Kopf, aber mit heißem Herzen. Demokratie sei nicht nur eine Staatsform, sondern viel mehr. Insofern sei auch er dankbar, dass die Debatte gezeigt habe, wo wer steht. Natürlich könne man in Deutschland auch Israel kritisieren, jeder Staat mache Fehler. Aber Antisemitismus sei nicht gleichzusetzen mit Kritik an Israel: Antisemitismus ist ein Verbrechen. Antisemitismus müsse man immer wieder geißeln und dafür kämpfen, dass Antisemitismus nie wieder Realität oder politische Wirklichkeit werde. Wenn Menschen sich zielgerichtet auf Einladung treffen und einen Konsens herstellen, wie Deutschland in Zukunft am besten auszusehen hat, dann könne man dies „privat“ nennen, es bleibe aber eine politische Vereinbarung und eine politische Zielsetzung. Als Schützer und Freunde des Grundgesetzes hat man keine völkische Sichtweise und keine Deportationsphantasien. Anhand der Debatte sei somit noch einmal deutlich geworden, wie wichtig die vorliegende Resolution ist.

Beschluss:

Das Gremium beschließt die „Resolution des Landkreises Friesland und der Stadt Wilhelmshaven für unsere Demokratie“ mit den von dem Kreistagsabgeordneten Herrn Wiesner genannten Ergänzungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja:	32
Nein:	1
Enthaltung:	2

TOP Bericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2023 **6.4.2 Vorlage: 0771/2024**

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Jahresbericht der Antikorruptionsbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

TOP Änderung der Ehrenordnung zur Verleihung der Friesland-Medaille **6.4.3 und des Friesland-Talers** **Vorlage: 0706/2023/1**

Herr KTA Wilken berichtet von den Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung zur Verleihung von Friesland-Taler und Friesland-Medaille auf Grund der bislang an einigen Stellen zu unkonkreten Ehrenordnung. Daher sei eine Überarbeitung erfolgt. Die Praxis werde zeigen, ob ggf. weitere Nachschärfungen notwendig sind.

Beschluss:

Das Gremium beschließt die Änderung der Ehrenordnung zur Verleihung der Friesland-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP
6.4.4 Gründung einer Verbundstruktur in der Verkehrsregion Ems-Jade bestehend aus dem Zweckverband Verkehrsregion Ems-Jade (ZVEJ) und der Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)
Vorlage: 0768/2024**

Herr Landrat Ambrosy führt die bisherigen Planungen und die rechtliche Notwendigkeit zur Umwandlung der VEJ aus.

Der Kreistag des Landkreises Wittmund habe in der letzten Woche überraschend den Abschluss der Vereinbarung über den Zweckverband abgelehnt, weil man innerhalb der vier Kommunen noch einmal über eine Übertragung weiterer Aufgaben diskutieren möchte.

Da der Zweckverband nur gegründet werden könne, wenn alle 4 Kommunen zustimmen, haben die Kreistage Aurich und Leer die Vorlage im Nachgang von den Tagesordnungen abgesetzt.

Herr Landrat Ambrosy schlägt daher vor, in Sachen Zweckverband ebenfalls derzeit nicht zu beschließen. In weiteren Gesprächen soll verhandelt werden, ob man sich z. B. auf einen Zweckverband mit weiteren Kompetenzen oder auf eine Betrauung der GmbH mit hoheitlichen Aufgaben einigen kann. Er bittet um ein Verhandlungsmandat, um die festgefahrene Situation auflösen zu können und die erforderliche GmbH mitgründen zu dürfen.

Es erfolgt unter Abänderung des Beschlussvorschlages sodann folgender

Beschluss:

- 1) Die Vorlage 768/2024 wird nicht behandelt.
- 2) Der Landrat und Frau KTA Esser erhalten ein Verhandlungsmandat zur Gründung der VEJ GmbH auf der Basis des dem Kreistag vorliegenden GmbH-Entwurfes. Das Ergebnis der Verhandlung ist den Gremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**6.4.5 - Neubau der Heinz-Neukäter-Schule in Varel
6.4.6**

Die Aussprache und die Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 6.4.5 und 6.4.6 erfolgen in toto. Für die Niederschrift wird die vorgesehene Reihenfolge der Tagesordnungspunkte berücksichtigt.

Frau KTA Esser stellt dar, die Maßnahme sei trotz der aktuellen Haushaltslage erforderlich. Die Schule nehme eine wichtige Aufgabe wahr und sei absolut notwendig. Es handle sich um eines der ältesten Schulgebäude im Landkreis. 2019 seien die Pestalozzischule und die Heinz-Neukäter-Schule zusammengelegt worden und die Schule „platzt aus allen Nähten“. Die Bauplanungen haben in den vergangenen Jahren zurückgestellt werden müssen. Frau

KTA Esser hoffe auf ein möglichst einstimmiges Votum, damit der Neubau endlich beginnen könne.

Frau KTA Sudholz begrüße die Planungen und weist auf die Bedeutung der Schule hin. Die Kosten für die Maßnahmen haben sich im Verlauf der Planungen jedoch deutlich erhöht und es bestehe die Möglichkeit, dass die Kosten noch weiter ansteigen. Die Verwaltung hatte den Auftrag Einsparmöglichkeiten zu prüfen. Es fehle noch der Plan B wenn die Kosten steigen, wenn es keine Einsparmöglichkeiten gibt und wenn keine weiteren Fördermöglichkeiten aufgelegt werden. Diese Fragen müssen beantwortet werden, bevor dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden könne.

Herr Landrat Ambrosy erläutert, die Kosten seien im Verlauf der Planungen von 16 Mio. € (2019) auf jetzt rund 24,5 Mio. € (2024 – abzgl. der Sowieso-Kosten der Sporthalle) gestiegen. In den letzten Jahren haben sich die Baukosten inflationsbedingt um durchschnittlich 49 % erhöht. Dies sei ein allgemeines Phänomen und betreffe sämtliche Bauvorhaben. Die qm-Kosten belaufen sich auf ca. 3.200 € während die durchschnittlichen Baukosten 4.000 € pro qm betragen. Die Kosten liegen somit unter dem Durchschnitt. Mögliche Alternativen seien geprüft worden: Unter Berücksichtigung der Klimaziele sei der Neubau am Standort Arngaster Straße die wirtschaftlichste Lösung. Man hoffe in vielen Gewerken auf stagnierende bzw. sinkende Preise. Die Befürchtung, dass die Kosten noch höher ausfallen, sei aktuell nicht absehbar. Fördergelder seien zur Fristwahrung bereits beantragt worden. Die Verzögerung der Bauplanungen sei in Abstimmung mit der Schulleitung erfolgt und man könne die Kostenentwicklung jetzt nicht der Schule anlasten. Herr Landrat Ambrosy bittet daher um entsprechende Beschlussfassung, um die Schule zu unterstützen. Ein regelmäßiger Zwischenbericht wird zugesichert.

Herr KTA Mandel habe die Sorgen von Frau KTA Sudholz hinsichtlich der Höhe der Kosten geteilt, unter Berücksichtigung der Hintergründe könne er die Kostenentwicklung aber nachvollziehen. Er dankt den Kolleginnen und Kollegen des Bauamtes, die auch auf Wunsch der Politik mögliche Alternativen eruiert haben. Die beste Lösung sei der vorgeschlagene Neubau am Standort Arngaster Straße; es werde dort ein aus seiner Sicht „sensationeller Schulcampus“ entstehen. Herr KTA Mandel bittet um Zustimmung.

[Auf Wunsch der CDU-Fraktion im Kreistag Friesland unterbricht der Kreistagsvorsitzende Herr Wiesner die Sitzung von 15:58 Uhr bis 16:07 Uhr.]

Herr KTA Zillmer teilt mit, die Notwendigkeit eines Neubaus der Schule werde grundsätzlich als gegeben angesehen, die hohen Kosten bereiten jedoch Bauschmerzen. Er erinnert an die gemeinsame Überarbeitung der MEZ und HSP und appelliert an die Mehrheitsgruppe, die enormen Mehrkosten eventuell durch Streichungen von entsprechenden Maßnahmen kompensieren zu können. Dann könne der Beschlussvorschlag zum Neubau am Standort Arngaster Straße mitgetragen werden.

Herr KTA Mandel antwortet, man sei angesichts der aktuellen Haushaltslage stets bemüht, Einsparungen vorzunehmen. Selbstverständlich werden die MEZ und HSP weiterhin gemeinsam besprochen und man sei auch zu Einsparungen bereit; eine Zusage zur Streichung von konkreten Projekten könne jedoch nicht getroffen werden. Dies müsse in einer konstruktiven Runde gemeinsam diskutiert werden. Die Offenheit über Projekte zu sprechen, diese zu verschieben oder ganz zu streichen, sei vor dem Hintergrund der Haushaltslage vorhanden.

Herr Landrat Ambrosy begrüße den Konsens und rät zu versuchen, im eigenen Wirkungskreis nicht zu sparen.

Herr KTA Zillmer entgegnet, dass dies die Politik entscheide.

Herr Landrat Ambrosy erklärt, er habe in seiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter - und im Rahmen der kommunalverfassungsrechtlichen Möglichkeiten - einen sachdienlichen Hinweis gegeben.

TOP 6.4.5 **Neubau der Heinz-Neukäter-Schule in Varel; hier: Vorstellung der Vorplanungsergebnisse und der Kostenentwicklung sowie Beauftragung einer alternativen Prüfung**
Vorlage: 0737/2024

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung zum Planungsstand und der Kostenentwicklung des Neubaus der Heinz-Neukäter-Förderschule werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Einsparmöglichkeiten sowie mögliche Alternativen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.4.6 **Ergänzungsvorlage zur Vorlage 0737/2024: Neubau der Heinz-Neukäter-Schule in Varel; hier: Vorstellung der Vorplanungsergebnisse und der Kostenentwicklung sowie Beauftragung einer alternativen Prüfung**
Vorlage: 0737/2024/1

Beschluss:

Nach Vorliegen der Ergebnisse zur Standortprüfung und Einsparmöglichkeiten wird die Verwaltung beauftragt, die Planungen zur Umsetzung der Baumaßnahme am Standort „Schulcampus Arngaster Str.“ fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.4.7 **Verkauf eines Gabelstaplers der Abfallumschlagsanlage Wangerooge**
Vorlage: 0752/2024

Auf Nachfrage von Herrn KTA Homfeldt erläutert Herr Landrat Ambrosy, die Verfügung über Kreisvermögen gehöre zu den Katalogzuständigkeiten des Kreistages, so dass ein Beschluss erforderlich sei.

Beschluss:

Dem Verkauf des Gabelstaplers der Abfallumschlagsanlage Wangerooge wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.4.8 Abfallfibel - Verzicht auf die flächendeckende Verteilung und Reduzierung des inhaltlichen Umfangs
Vorlage: 0755/2024

Herr Landrat Ambrosy berichtet, der Fachausschuss und der Kreisausschuss haben sich für die Variante c - mit der Ergänzung, dass Bürgerinnen und Bürger auf Anforderung eine gedruckte Abfallfibel erhalten können - ausgesprochen.

Herr KTA Neugebauer teilt mit, er habe für die Beibehaltung der Abfallfibel gestimmt. Rund 67 % der Empfängerinnen und Empfänger nutzen die zur Verfügung gestellte Abfallfibel. Er bittet das aus seiner Sicht sinnvolle Produkt zu erhalten und weiterzuführen.

Frau KTA Esser geht davon aus, dass die Personen, die die Abfallfibel nutzen, diese weiterhin behalten und nicht entsorgen. Sie plädiere daher für Variante c.

Herr KTA Homfeldt weist auf die Bemühungen, Ressourcen und Geld zu sparen sowie die Umwelt möglichst nicht zu belasten hin. Er spricht sich für Variante c aus.

Frau KTA Sudholz appelliert, auch an die ältere Generation zu denken. Sie bevorzuge Variante a.

Herr KTA Burgenger empfiehlt, die vorhandene Abfallfibel nicht zu entsorgen; lediglich die Abfalltermine ändern sich.

Herr KTA Tammen erklärt, es sei an der Zeit voran zu gehen und die Abfallfibel einzustellen.

Herr KTA Ratzel spricht sich ebenfalls für eine Abschaffung der Abfallfibel aus.

Beschluss:

- a.) Die Abfallfibel wird auf die wichtigsten Informationen reduziert und in den Städten und Gemeinden ausgelegt.
- b.) Ausschließlich die Abfuhrtermine werden in den Städten und Gemeinden ausgelegt.
- c.) Die Abfallfibel wird eingestellt und es wird die digitale AbfallApp und die Homepage des Landkreises für die Abfuhrtermine genutzt.
- d.) Die Abfallfibel bleibt in der jetzigen Form bestehen.

Abstimmungsergebnis:

a.)
mehrheitlich abgelehnt

Ja:	3
Nein:	32
Enthaltung:	0

b.)
einstimmig abgelehnt

Ja:	0
Nein:	35
Enthaltung:	0

c.)
mehrheitlich beschlossen

Ja:	32
Nein:	3
Enthaltung:	0

d.)
mehrheitlich abgelehnt

Ja:	1
Nein:	34
Enthaltung:	0

**TOP 6.5 Besetzung der Vertretung des Landkreises Friesland in Ausschüssen außerhalb des Kreistages und in sonstigen Organisationen, denen der Landkreis angehört / Allgemeiner Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse
Vorlage: 0776/2024**

Begründung:

Der Allgemeine Beirat ist für die Oldenburgische Landesbrandkasse eine regionale Beratungsinstanz.

Der Beirat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte des Geschäftsgebietes und des Oldenburgischen Feuerverbandes sowie aus regionalen Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft bzw. ihrer Verbände zusammen.

Die laufende Amtszeit der Beiratsmitglieder endet im Mai 2024, so dass erneute Bestellungen erforderlich werden. Stellvertreterfunktionen sind für das Gremium gemäß Satzung nicht vorgesehen.

Die Gruppe SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP nominiert für die neue Amtsperiode erneut das derzeitige Mitglied Herrn KTA Uwe Burgenger.

Beschluss:

Herr KTA Uwe Burgenger wird für die nächste Amtsperiode in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse entsendet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.6 Information über den Parteiwechsel der Kreistagsabgeordneten Frau Agnes Wittke

Die Information über den Parteiwechsel der Kreistagsabgeordneten Frau Agnes Wittke wird zur Kenntnis genommen.

Frau KTA Wittke verzichtet auf einen Wortbeitrag.

TOP 6.7 Information über den Parteiwechsel des Kreistagsabgeordneten Herrn Wolfgang Weidemann

Die Information über den Parteiwechsel des Kreistagsabgeordneten Herrn Wolfgang Weidemann wird zur Kenntnis genommen.

Herr KTA Weidemann verzichtet auf einen Wortbeitrag.

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Ausschuss für Bauen und Mobilität, Katastrophen- und Feuerschutz vom 05.02.2024

TOP 8.2 Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung vom 19.02.2024

TOP 8.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft vom 22.02.2024

TOP 8.4 Jugendhilfeausschuss vom 06.03.2024

TOP 9 Informationen aus dem Jugendparlament

Herr Hans bezieht sich auf die vorherige Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt „Resolution für unsere Demokratie“ (TOP Ö 6.4.1) und nimmt zu den Wortbeiträgen von Frau KTA Zerth und Herrn KTA Just kritisch Stellung. Er begrüße die Verabschiedung der Resolution und das mit der Stadt Wilhelmshaven geschlossene Bündnis für Demokratie.

Es sei eine engere Zusammenarbeit des Jugendparlaments mit der Volkshochschule und Musikschule Friesland-Wittmund (VHS) vorgesehen und in diesem Zusammenhang habe die VHS die Möglichkeit der Mitnutzung sämtlicher Räume durch das Jugendparlament angeboten.

In der Steuerungsgruppe der Bildungsregion habe das Jugendparlament jetzt einen stimmberechtigten Sitz.

Man plane die Durchführung von Demokratie-Workshops im April.

Abschließend weist Herr Hans darauf hin, dass das Jugendpolitische Barcamp am 09.08.2024 in Zetel stattfinden werde.

TOP 10 Mitteilungen des Landrates

Herr Landrat Ambrosy weist noch einmal auf die unter TOP Ö 6.4.1 (Resolution für unsere Demokratie) erwähnte Veranstaltung „Unsere Demokratie und Verfassung schützen“ am 29.04.2024 mit Herrn Ministerpräsident Weil im Bürgerhaus Schortens und auf die Landesinitiative zur Förderung der Demokratie anlässlich des Geburtstages der Verfassung hin.

TOP 11 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 12 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

TOP 13 Anregungen und Beschwerden

gez. Jannes Wiesner
Kreistagsvorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Sarah Duit
Protokollführerin